



Der „Demokratie- & Sozial-Stachel“ für Zeulenroda- Triebes und Umgebung!

**Bürgerinformationsblatt der BIZ 03/ 2014**

**der Bürgerinitiative für sozialverträgliche Abgaben und Leistungsgerechtigkeit in**

**Zeulenroda- Triebes und Umgebung BIZ e.V.:**

**„Mit den Bürgern – für die Bürger“**

**Zwei Bürgerinitiativen mit 39 Kandidaten treten zu den Kreistagswahlen am 25.05.2014 an.**

Im Jahr 2009 waren es sieben Kandidaten der BIZ – offene Liste, von denen es einer in den Kreistag schaffte. 2014 nun entschloss sich die Geraer Bürgerinitiative und Bürgervertretung gegen zu hohe Kommunalabgaben e. V. zu den Kreistagswahlen mit in der BIZ-offenen Liste zu kandidieren.

Die Aufstellungsversammlung am 28.02.2014 auf der Osterburg Weida im Moritzgewölbe wurde als geeigneter Ort zwischen dem ehemaligen Landkreis Zeulenroda und Gera Land bewusst gewählt, ist doch die Osterburg als Taufstein des Voigtlandes historisch verbrieft. Die BI Gera steuerte 30 Kandidaten und die BIZ Zeulenroda 9 Kandidaten für die gemeinsame Liste bei. **Für die BIZ Zeulenroda kandidieren: Siegmund Borek, Annerose Helbing, Dietrich Hoffmann, Theo Besser, Andreas Senkowski, Jürgen Glaser, Frank Rohleder, Dr. Sieghardt Groér, Frank Schumann.** Bei der geheimen Abstimmung wurden alle Kandidaten von den anwesenden stimmberechtigten BIZ-Mitgliedern mehrheitlich gewählt. Günther Franke als Vorsitzender der BI-Gera übergab dem Versammlungsleiter, Siegmund Borek, 30 Formblätter „Bewerbung“ und „Wahlberechtigung“ für die Kandidaten aus seiner Bürgerinitiative. Die spontane Bereitschaft der Bürger aus dem ehemaligen Kreis Gera-Land die BIZ zu unterstützen war sehr hoch. Nun hängt es von den Wählern im Landkreis Greiz ab, sich zu unseren werbenden Inhalten zu bekennen und vertrauensvoll unseren Kandidaten ihre Stimme am 25. Mai zugeben.

gez. Siegmund Borek

**Zu den Diätenerhöhungen im Deutschen Bundestag - Ein Aufschrei nach Gerechtigkeit!**

Die OTZ berichtete zum Thema Diätenerhöhungen, beschlossen vom Dt. Bundestag und in der Ausgabe vom 24.02.2014 vom Thüringer Beamtenbund als „maßlos überzogene Selbstbedienung der GroKo“ charakterisiert.

Dem stimme ich grundsätzlich zu und erweitere diese Kritik nachfolgend: Welch tolles Wahlgeschenk der GroKo, aber nicht etwa an ihre treuen Wähler, sondern vor allem an sich selbst. Hoffentlich hat nunmehr der letzte Wähler begriffen, wem er da seine Stimme für die kommende Legislatur überlassen hat. So kurz nach den Wahlen und in turboartiger Geschwindigkeit war es eine der ersten Amtshandlung der Schwarz/ Roten & Blau/Weißen Interessengemeinschaft (GroKo), die zum Himmel stinkt. Das Prädikat „gierige Politikerkaste“ hat man sich in Selbstbedienungsmanier nach „Bonzenart“ damit redlich

verdient. Franz Müntefehrings Ausspruch: „Große Koalition ist Mist“ hat sich insofern bestätigt, dass dieser nicht nur stinkt, sondern das in besonders anrühiger Art und Weise bis nach „ganz Oben“ sich vollzieht. Da wurde der Wählerwille aber völlig missbraucht, denn zu einem derartigen Schritt findet man weder in den Wahlprogrammen noch in den Vereinbarungen zur großen Koalition entsprechende Aussagen. Ich nenne das einfach nur Wahlbetrug. Auch die undifferenzierte Anhebung der Diäten nach dem „Prinzip der Gleichmacherei“ auch für alle Abgeordneten verstößt für mich gegen die unterschiedliche Bewertung der Arbeitsergebnisse der Abgeordneten. „Deutschland geht es gut“, war die bekannte Aussage der Kanzlerin im Wahlkampf. Sie ist deshalb gründlich zu hinterfragen und vor allem nach dem „Wem denn in Deutschland?“ ist dabei zu beantworten. Das ist nicht der Rentner, insbesondere nicht der Ostrentner und sind auch nicht die arbeitslosen Hartz IV Empfänger, die oftmals nur über ein Drittel des jetzt beschlossenen Erhöhungsbetrages monatlich verfügen und damit ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen. Dort streitet man sich beharrlich um 1/10tel % Beträge bzw. verordnet 0.00 % Runden, während man im Parlament sich selbst eine solide Basis für die spätere Koppelung an die Steigerungsraten der obersten Richter in den kommenden Jahren verschafft. Wenn z. Bsp. die Gewerkschaft „Verdi“ vor Tarifverhandlungen Erhöhungen der Löhne um 6.0% fordert, setzt großes Jammern in der Politik und der Wirtschaft ein und es werden Untergangsformeln von allen Seiten an die Wand gemalt. Welche eine Scheinheiligkeit steckt doch in diesen Aussagen. Wenn nun noch die Parlamente in den Bundesländern diesen Schritt nachvollziehen, dann ist irgendwann der Gipfel erreicht. Denn auf der anderen Seite werden Kreise und Kommunen durch Regierungshandeln immer weiter an den Rand des finanziell Ruins getrieben, während man sich in den Parlamenten weiter in der Diätenwärme sonnt. Diese Aussagen haben nichts mit Neid, sondern nur mit meinem Gefühl für soziale Gerechtigkeit etwas zu tun. Es wird deshalb auch höchste Zeit, dass der „Souverän, das Volk“ durch mehr direkte Demokratie bei solchen Fragen mitbestimmen kann und damit die vorhandene Selbstbedienungsmentalität der politischen Entscheidungsträger erheblich eingeschränkt wird. Denn nur so können soziale Ungerechtigkeiten wirksam überwunden werden. Übrigens wurden die markierten Aussagen des Leserbriefes nicht mit abgedruckt! D. Hoffmann

### **Leserbrief von Horst Reising, Waltershausen**

Thüringens CDU- und SPD- geführte Landesregierung hat trotz Bedenken und Protesten der Bürgerinitiativen aus ganz Thüringen Ende Februar 2014 eine geänderte Straßenausbausatzung beschlossen. Ein Alternativvorschlag der Bürgerinitiativen Thüringens und der Linken, der Forderungen beinhaltet, wurde durch die beiden Fraktionen abgelehnt.

1868 trat erstmals in Baden ein Ortsstraßengesetz in Kraft, das in Deutschland ermöglichte, Straßenkosten auf Eigentümer von Anliegergrundstücken umzulegen. Beim Abkassieren der Grundstückseigentümer zog Preußen 1871 nach. Es gab auf den Straßen außer Fußgängern fast ausschließlich von Pferden und anderen Tieren gezogene Fuhrwerke.

Heutzutage nutzen abertausende Motorfahrzeuge täglich unsere Straßen und die Hauseigentümer sollen rückwirkend ab August 1991 und danach 30 Jahre für Straßenausbau zahlen müssen. Diese Zumutung grenzt an Zynismus, ist unerträglich, unsozial und menschenverachtend. Bei klammen Kassen nutzen unsere Politiker alle Möglichkeiten, unsere Bürger abzukassieren. Woher sollen Wenigverdiener, Rentner, Sozialhilfeempfänger usw. das Geld zum Bezahlen noch nehmen?

Öffentliche Einrichtungen wie Straßen, Gehwege und deren Beleuchtung sind kommunale Einrichtungen und müssen deshalb aus dem öffentlichen Haushalt von Steuermitteln, zum Beispiel u. a. von der Kraftfahrzeugsteuer finanziert werden. Autobahnen und Bundesstraßen etc. werden auch aus dem Staatshaushalt finanziert. Im sogenannten Beitragsrecht bei der Beitragsgesetzgebung in Thüringen wird nicht unterschieden zwischen Erschließungsbeiträgen für die erstmalige Herstellung einer Straße und Straßenausbaubeiträgen für die

Erneuerung, Verbesserung oder Erweiterung bereits hergestellter Straßen. Mit der Erschießung, also der erstmaligen Herstellung einer Straße, werden Grundstücke erst bebauungsfähig. Der Grundstückseigentümer hat hier eindeutig einen Vorteil.

Ganz anders beim Straßenausbau. Hier ergibt sich für den Grundstückseigentümer kein rechtlicher Vorteil und der Wert des Grundstückes steigt um keinen Cent. Er kann eher fallen, falls der Ausbau ein höheres Verkehrsaufkommen bewirkt. Feinstaubbelastung, Smog und erhöhter Lärm sind wahrzunehmen (Beweis: leer stehende Wohnungen an verkehrsreichen Straßen). Ein höherer Gebrauchsvorteil kann dem Hauseigentümer nicht nachgewiesen werden. Man spricht von 240 Millionen Euro, die vom Bürger abkassiert werden sollen.

Wenn genügend Geld zur Rettung von Banken, Diätenerhöhungen und Abfindungen hochdotierter Beamten vorhanden ist, sollte bei unseren Politikern endlich ein Umdenken stattfinden. Öffentliche Einrichtungen gehören zur Daseinsfürsorge und müssen aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Wenn ich beim Bäcker Brot kaufe, muss ich auch nicht über Beiträge den Backofen finanzieren.

Die Bürgerinitiativen Thüringens fordern von der Landesregierung die generelle Abschaffung von Beiträgen für Straßen, Abwasser und Gebühren für Niederschlagswasser. Was in anderen Bundesländern möglich ist, sollte auch in Thüringen möglich sein. Wir wohnen auf keinem anderen Stern. Wenn dennoch keine Einsicht bei unseren Politikern einkehrt, sollte die Ungleichbehandlungen am 14. September 2014 politisch geklärt werden und diese Volksvertreter aus CDU und SPD nicht wieder gewählt werden.

Horst

Reising, Waltershausen

**Unser Kommentar als BIZ dazu:** Er trifft zum Thema Straßenausbaubeiträge voll unsere Auffassung. **Übrigens hat die Rot- Schwarze Koalition im „Armen aber Sexy- Berlin“ deren Abschaffung beschlossen. Warum geht so etwas in Thüringen nicht?** Diese Frage sollte den Kandidaten in den Wahlkreisen zu den Landtagswahlen 2014 bei ihren Vorstellungen vorgelegt, und ihre persönliche Positionen dazu von ihnen abgefragt werden.  
D. Hoffmann

### **Die BIZ zu den Kommunalwahlen 2014!**

**Hiermit lädt der Vorstand und die Fraktion der BIZ die Mitglieder, Sympathisanten, Bürger und Interessenten zu unseren öffentlichen Aufstellungsversammlungen anlässlich der Kommunalwahlen 2014** recht herzlich ein. Bei diesen

Aufstellungsversammlungen werden die Kandidaten für den Stadtrat der Stadt Zeulenroda – Triebes und den Ortsteilrat Triebes zur Wahl in den jeweiligen Listen aufgestellt.

Die öffentliche Aufstellungsversammlungen für den **Stadtrat Zeulenroda** findet am Freitag, dem 21. März 2014, 18.00 Uhr in **der Pension „Deutsche Eiche“, Pausaer Straße 14, in Zeulenroda – Triebes** statt.

Für den Ortsteilrat Triebes findet diese öffentliche Aufstellungsversammlung am Donnerstag dem 27. März 2014, 19.00 Uhr **im Kaminzimmer des Hotels „Goldener Löwe“ Hauptstraße 18 in Triebes** statt.

Falls es Interessenten für eine Kandidatur für den Stadtrat bzw. Ortsteilrat gibt, melden diese sich bitte:

1. für den Stadtrat der Stadt Zeulenroda-Triebes bis zum 20. März 2014;
2. und für den Ortsteilrat Triebes bis zum 26. März 2014

bei Siegmund Borek, Bärbel Rentzsch oder Andreas Senkowski.  
gez. B. Rentzsch

### **Die BIZ und die gefährlichen Geschehnisse in der Ukraine**

Mit Hilfe von dokumentarisch festgehaltenen Videobeiträgen von „klagemauer-tv“ unter der im nachfolgender Link angegebenen Adresse: <http://www.klagemauer.tv/index.php?a> wird

sehr eindringlich im Internet nachgewiesen, wer und mit welchen Mitteln tatsächlich zur Eskalation der Lage in der Ukraine und besonders auf dem Maidan auch von außen massiv eingegriffen hat. Gleichzeitig wird eine Verschwörung der Medien in der Ukraine/Kiew: aufgedeckt: Terroristische Aktionen friedlicher Demonstranten werden deutlich hinterfragt. D. H.



### Die BIZ ehrt ihre besonderen Jubilare

**Am 16.02.2014** beging unser langjähriges Vorstandsmitglied **Volker Gielen** seinen **siebzigsten Geburtstag**. Der Vorstand, die Mitglieder und Sympathisanten der BIZ danken ihm auf diesem Weg auf das Herzlichste. Wir wünschen ihm das Allerbeste für sein neues Lebensjahr. Wir bedanken uns besonders für sein aktives Mitwirken bei vielfältigen Aktionen der BIZ in den vergangenen Jahren. Bleib gesund und auch in Zukunft für uns ansprechbar. DANKE VOLKER!

**Am 11.03.2014** gratulieren der Vorstand, die Mitglieder und Sympathisanten der BIZ unserem Vorstandsmitglied **Annerose Helbing**, verantwortlich für die Finanzen unserer Initiative über viele Jahre zu ihrem **fünfundsiebzigsten Geburtstag**. Auch ihr wollen wir unseren besonderen Dank für ihre zuverlässige ehrenamtliche Arbeit auf finanzpolitischem Gebiet, aber auch für ihre konstruktive Mitarbeit im Vorstand unsere Anerkennung für das dabei Geleistete aussprechen. Jeder weiß, dass die Lebens- und Handlungsfähigkeit eines Vereines in erster Linie von geordneten finanziellen Verhältnissen abhängig ist. Das dies bei uns zu konstatieren ist, ist in erster Linie ihr Verdienst. Zur Fortsetzung ihres Ehrenamtes wünschen wir ihr eine stabile Gesundheit und persönliches Wohlergehen in der Zukunft. DANKE ANNEROSE!!



Gez. Siegmund Borek- Vorsitzender, gez. Bärbel Rentzschstellvert. Vorsitzende und Vorsitzende der Fraktion im Stadtrat.

### Zur Anfrage des Vorstandsmitgliedes der BIZ Jürgen Glaser in der Stadtratssitzung am 12.02.2014(Info 2/ 2014).

Die Stellungnahme des WAZ zum Thema vollbiologische Kleinkläranlagen bzw. Gruppenlösungen, bearbeitet von Herrn Zierdt, stellv. Werkleiter liegt uns vor. Darin werden die Möglichkeiten und Grenzen der Förderungen entsprechend der Förderrichtlinie des Freistaates Thüringen im Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz mit den darin enthaltenen Bedingungen aufgezeigt. Aus Gründen des Umfangs dieser Erläuterungen wird in der nächsten BIZ- Info der vollständige Wortlaut der Antwort veröffentlicht. Leider gibt es für die einzelnen Lösungsmöglichkeiten eine unterschiedliche Behandlungsweise des Einsatzes von Fördermitteln. Dazu dann mehr Details in der Info 4 / 2014. Ein Angebot zur Beratung beim WAZ mit individuellen Lösungsvarianten kann heute schon zum Thema dezentrale Abwasserreinigung in zu vereinbarenden Terminen mit den WAZ –Fachleuten wahrgenommen werden. D.Hoffmann

**Impressum:** Zur redaktionellen Verarbeitung senden Sie Ihre Beiträge per Internet oder Post an folgende **Adressaten:**  
Dietrich Hoffmann, 07937 Zeulenroda-Triebes, Friedrich- Reimann- Str.3; [rd.hoffi@t-online.de](mailto:rd.hoffi@t-online.de) ; Sigmund Borek, 07937  
Zeulenroda- Triebes, Flur Oerlich 5; [s-borek-z@t-online.de](mailto:s-borek-z@t-online.de) \*Die verwendeten Fotos ohne Quelle sind alle Privat  
V.i.d.S.u.P.: Dietrich Hoffmann, Friedrich-Reimann-Str.3, 07937 Zeulenroda-Triebes